

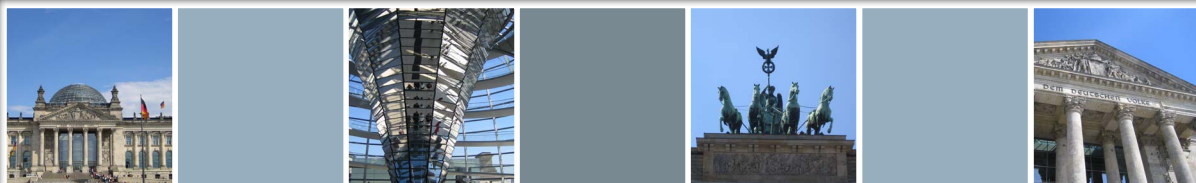
Brief aus Berlin

Ihres Bundestagsabgeordneten im Wahlkreis Stuttgart-Süd
Dr. Stefan Kaufmann

08/2013

30.05.2013

CDU CSU
Fraktion im Deutschen Bundestag



Liebe Leserinnen und Leser,

die ersten Podiumsdiskussionen zur Bundestagswahl haben stattgefunden – bei großem Interesse der Stuttgarterinnen und Stuttgarter. Die Themenschwerpunkte zeichnen sich schon ab: Mindestlohn, soziale Gerechtigkeit, Steuerpolitik, Frauenquote, Fachkräftemangel, BAföG, Integrationspolitik, Euro-Schuldenkrise. Es ist nicht immer einfach, die Balance zwischen Regierungspolitik und persönlicher Meinung zu finden – zumal die Zuhörer ja nicht den Regierungssprecher vor sich haben, sondern den direkt gewählten Wahlkreisabgeordneten. Schade übrigens, dass nicht mehr darüber gesprochen wird, was die einzelnen Kandidaten im Wahlkreis getan haben – oder tun wollen. Dann würde sich nämlich zeigen, dass die Erststimme tatsächlich einen eigenen Wert hat. Mir ist die Arbeit vor Ort Verpflichtung und Freude zugleich. Denn im Wahlkreis ist oftmals mehr zu erreichen als in Berlin. Und die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, „ihren“ Vertreter im Bundestag zu sehen und ansprechen zu können – mit ihren Anregungen, ihren Sorgen und auch ihrer Kritik. Nehmen Sie mich beim Wort!

Herzliche Grüße

Ihr

Impressum:

Dr. Stefan Kaufmann MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030/227-72494
Fax: 030/227-76228
www.stefan-kaufmann.de

E-Mail:
stefan.kaufmann@bundestag.de

Wahlkampf in vollem Gange: SPD-Antrag zu Ganztagschulprogramm



Berlin – In der letzten Sitzungswoche haben wir im Deutschen Bundestag einen „Wahlkampf“-Antrag der SPD diskutiert. Darin fordert die SPD Ganztagschulen für alle, Qualitätsverbesserungen im Schulsystem, bessere Schulgebäude und 20 Mrd. Euro mehr für Bildung – jährlich. Dem kann ich mich natürlich nur anschließen, denn wer möchte das nicht? Allerdings sind die Forderungen der SPD nichts weiter als Wahlkampf-Rhetorik. Denn wer soviel fordert, sollte erst einmal die eigenen Hausaufgaben erledigen! Und das sehe ich bei der SPD über-

haupt nicht. Im Gegenteil: überall dort, wo SPD und Grüne regieren, wird im Bildungssystem gekürzt! Im rot-grün regierten Bremen; durch die neue rot-grüne Landesregierung in Niedersachsen, die gleich zu Beginn der Amtszeit Kürzungen in Bildung und Wissenschaft beschlossen hat; und natürlich hier in Baden-Württemberg. Seit zwei Jahren setzen die Grünen und die SPD beispiellose Kürzungen im Bildungswesen durch und sparen unser sehr gutes Schulsystem leider zunehmend kaputt! 11.600 Lehrstellen werden gestrichen, die Senkung des Klassenteilers gestoppt, Förderkurse zusammengestrichen, Realschulen und Gymnasien zugunsten der Einheitsschule vernachlässigt. Die Lehrerverbände reden gar von einer systematischen Demontage des Gymnasi-

ums. Da will uns die SPD erzählen, wie Bildungspolitik funktioniert? Wir haben im Bund in den letzten Jahren insgesamt 13 Mrd. Euro zusätzlich für die Hochschulen bereitgestellt – und das mithilfe einer Priorisierung zugunsten von Bildung und Forschung, nicht durch höhere Steuern oder neue Kredite. Es geht also, man muss es nur wollen. Die grün-rote Landesregierung ist angesichts ihrer massiven Kürzungen im baden-württembergischen Bildungswesen bei gleichzeitigen Rekordsteuererhöhungen von über 3 Mrd. Euro weit von dieser Priorisierung entfernt. Deshalb ist der SPD-Antrag im Bundestag auch nichts weiter als Wahlkampfrhetorik. Daher kann ich – genau wie in meiner Rede – zu SPD und Grünen nur sagen: Eine Henne, die viel gackert, legt wenig Eier!

Deutliche Zunahme an Einbruchdiebstählen ist alarmierend

Berlin – Deutschland versinkt bestimmt nicht in Kriminalität. Wir leben im Großen und Ganzen sicher. Dennoch müssen uns einzelne Aussagen der neuen Kriminalitätsstatistik alarmieren. Es muss uns aufrütteln, wenn in Deutschland alle vier Minuten eine Wohnung oder ein Haus aufgebrochen wird. Insgesamt schlugen die Täter 2012 in rund 145.000 Fällen zu. Das sind immerhin fast neun Prozent mehr als im vergangenen Jahr. Die Polizei-Gewerkschaft sagt uns auch, dass die Einbrecher immer brutaler werden – und es nicht nur auf leere Wohnungen oder Häuser

abgesehen haben. Auch wenn die Besitzer im Haus sind, schlagen sie zu. Und selbst wenn es nicht zu Gewalt kommt, sind nach einem Einbruch die Opfer über den materiellen Verlust hinaus geschädigt. Einbruchdiebstahl ist schon heute ein schweres Delikt, das mit hohen Haftstrafen geahndet werden kann. Wir müssen uns aber angesichts der jüngsten Einbruchzahlen anschauen, ob dieser Strafraum tatsächlich ausreicht. Wir wissen, dass Strafverschärfungen allein das Problem nicht lösen. Ausschließen darf man sie aber dennoch nicht. Vielleicht muss der Gesetzgeber

noch einmal ein Signal setzen. Aus meiner Sicht sind auch die Gerichte gefordert. Sie müssen sich überlegen, ob sie die Täter nicht härter bestrafen sollten. Angesichts der steigenden Einbruchzahlen muss von den Urteilen ein Abschreckungseffekt ausgehen – zumal im Augenblick nur wenige Täter gestellt werden können. Bei der Strafverfolgung sind wiederum die Länder gefordert. Sie sind primär für die innere Sicherheit zuständig und müssen reagieren. Eine der Hauptaufgaben des Staates ist und bleibt es, für die Sicherheit seiner Bürger zu sorgen.

Bundeswehrreform auf gutem Weg

Berlin – Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière sieht die Bundeswehr drei Jahre nach dem Start ihrer Neuausrichtung auf einem guten Weg. „Als vereintes, starkes und souveränes Land im Herzen Europas tragen wir eine Mitverantwortung für Stabilität und Sicherheit in der Welt“, betonte der Minister in seiner Regierungserklärung vorletzten Woche vor dem Bundestag. Mit der Reform der Bundeswehr werde ein „verteidigungspolitischer Schlussstrich unter den

Kalten Krieg“ gezogen. Sichtbare Zeichen der Neuausrichtung seien die Aussetzung der Wehrpflicht und die Verkleinerung der Truppe von 250.000 auf höchstens 185.000 Soldaten. Die demografische Entwicklung in Deutschland müsse die Bundeswehr in ihren Planungen ebenfalls berücksichtigen, sagte der Minister. Langfristig werde es für die Bundeswehr – wie für alle Arbeitgeber – schwieriger werden, qualifizierten Nachwuchs in ausreichender Zahl zu gewinnen.

Die neue BIL-Schule: Ein Vorbild für Bildung und Integration



Bei der Besichtigung der neuen BIL-Schule

Stuttgart – Dieser Tage war ich zu Gast in der neu errichteten BIL-Schule – eine private Ganztagschule mit Gymnasial- und Realschulzweig, die von türkischen Eltern und Unternehmern getragen wird. Die Schule hat 26 Millionen Euro gekostet. Im März sind die ersten 350 Schüle-

rinnen und Schüler eingezogen. Es sollen einmal bis zu 800 werden. Auch ein Kindergarten soll dazu kommen. Das Grundstück stellte die Stadt in Erbpacht zur Verfügung, etwa ein Fünftel der Kosten trägt die öffentliche Hand. Der Trägerverein, der 1700 Mitglieder zählt, sammelte Spenden in Höhe von zwei Millionen Euro. Kleine Klassen und individueller Förderunterricht sind den Eltern 260 Euro im Monat wert. Der Unterricht findet auf Deutsch statt. Rund 10 Prozent der Schüler sind deutschsprachig. Türkisch wird dennoch nur zwei Stunden in der Woche unterrichtet; statt is-

Suche nach Atommüll-Endlager beginnt neu

Berlin – In Deutschland beginnt die Standortsuche für ein atomares Endlager neu. Darauf haben sich alle Beteiligten über Länder- und Parteigrenzen hinweg geeinigt. Nach dem entsprechenden Gesetzentwurf, der in erster Lesung im Bundestag beraten wurde, soll eine Bund-Länder-Kommission aus 24 Mitgliedern die Sicherheitsanforderungen sowie die Auswahlkriterien für den Standort festlegen. Bundesumweltminister Peter Altmaier gab dazu im Bundestag eine Regierungserklärung ab. Der jahrzehn-

telange Konflikt um ein Endlager für hochradioaktive Abfälle ist damit beendet. Die Kommission soll Altmaier zufolge bis 2015 Vorschläge für die Auswahlkriterien erarbeiten. Die Entscheidung über die einzelnen Schritte des Auswahlverfahrens trifft der Bundestag. Dazu gehört auch die Entscheidung über die Standorte, deren Eignung schließlich über- und untertätig erkundet werden soll. Wesentliches Kriterium für die Standortauswahl ist die höchstmögliche Sicherheit nach dem Stand der Wissenschaft.

IDAHO des CSD Stuttgart



© DigitalDesignTeam Radwan/Schmitt GbR

Stuttgart – Am 17. Mai besuchte ich im Rahmen des Internationalen Tags gegen Homophobie (IDAHO) einen Info-Stand des CSD Stuttgart. Beim gemeinsamen Luftballon-Steigenlassen war es richtig voll. Dass der Aktions-Tag nach wie vor wichtig ist, zeigt eine aktuelle Studie, wonach sich fast zwei Drittel der Homosexuellen in Europa nicht trauen, ihre sexuelle Orientierung zu offenbaren.

Bürgersprechstunde in Stuttgart-Vaihingen und Standaktion in Stuttgart-West

Stuttgart – Trotz kaltem Wetter haben mich übers Wochenende gleich zwei Bezirksgruppen bei Infoständen im Stadtbezirk begleitet. Im Rahmen meiner Bürgersprechstunde war ich am Freitagnachmittag in Vaihingen am Rathausplatz vor Ort und konnte zahlreiche Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern führen.



Trotz winterlicher Temperaturen bei der Bürgersprechstunde in Vaihingen...

Am Samstagvormittag habe ich



...und einer Standaktion im Stuttgarter Westen.

am Rande des Wochenmarktes

am Bismarckplatz an der Standaktion der CDU-West teilgenommen. Unterstützt wurde ich bei beiden Aktionen von zahlreichen Helfern aus den Bezirksgruppen. Die jeweiligen Bezirksbeiräte standen mir bei lokalen Anliegen zur Seite. Vielen Dank an die CDU-Vaihingen und die CDU-West für die tolle Mithilfe!

Besuch der Firma ETOGAS in Stuttgart-Vaihingen: Neue Wege bei der Energiespeicherung



Von links: Geschäftsführer Dr. Karl Maria Grünauer, Eduard Freiheit und Gregor Henn

Stuttgart – Vergangenen Dien-

tag habe ich die Firma ETOGAS GmbH in Stuttgart-Vaihingen besucht. ETOGAS steht für „Electricity to Gas“. Die aus dem Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW) ausgegründete Firma hat sich auf die Produktion von Anlagen spezialisiert, die überschüssigen

regenerativ erzeugten Strom in Methan umwandeln. Das synthetische Erdgas kann gespeichert werden. Damit kann das bereits bestehende Erdgasnetz zum Transport sehr großer Mengen von Gas genutzt werden. Zwei zentrale Probleme der Energiewende könnten so gelöst werden. Eine wegweisende

Technologie, für die ich auch in Berlin werben möchte. Die Firma Audi hat die Vorzüge erkannt, schließlich kann das gewonnene synthetische Erdgas auch als Treibstoff eingesetzt werden. Am 25.6. eröffnet Audi eine erste Anlage in Norddeutschland, die synthetisches Erdgas für eine A3-Fahrzeugflotte produziert.

Festakt zu türkischem Nationalfeiertag im Lindenmuseum

Stuttgart – Am Pfingstsonntag habe ich auf Einladung des türkischen Generalkonsuls Mustafa Türker Ari am Festakt anlässlich des nationalen Feiertags für Jugend und Sport in der Türkei teilgenommen. In der Türkei wird am selben Tag der Beginn des Unabhängigkeitskrieges gefeiert und Mustafa Kemal Atatürk, dem Gründer der Türkischen Republik, gedacht. Im Lindenmuseum habe ich in meinem Grußwort Integrationsthemen angesprochen und der Opfer der NSU-Morde gedacht. Türkinnen und



Türken sind die größte Einwanderergruppe in unserer Stadt.

Die allermeisten sind sehr gut integriert. Türkischstämmi-

ge Unternehmer schaffen Arbeitsplätze auch in größeren Betrieben der Produktion und tragen so zu unserem Wohlstand bei. Mir ist wichtig, dass sich die Bildungs- und Ausbildungssituation türkischstämmiger Jugendlicher weiter verbessert. Hierzu existieren viele herausragende Projekte. Unsere Integrationspolitik gilt im Vergleich zu anderen Großstädten in Deutschland als vorbildlich. Mit mir auf dem Bild: die Folkloregruppe, der Generalkonsul und Landtagskollege Claus Schmiedel (SPD).

Aufruf: 24h-Lauf für Kinderrechte am 29. Juni



Stuttgart – 2013 lädt der Förderverein Kinderfreundliches Stuttgart e.V. bereits zum siebten Mal in Folge alle sportbegeisterten Stuttgarterinnen und Stuttgarter mit ihren Kindern zum 24-Stunden-Lauf für Kinderrechte ein. Ziel des Laufes ist es, auf die Rechte der Kinder aufmerksam zu machen und mit den „erlaufenen“ Spenden-

geldern lokale Kinderprojekte zu unterstützen. In diesem Jahr laufen wir für das Recht auf Bildung und Ausbildung. Ich werde die Aktion wie in den vergangenen Jahren mit einem Laufteam unterstützen. Für mein „Team Stefan Kaufmann“ suche ich daher für den Lauf am 29. und 30. Juni 2013 Läuferinnen und Läufer. Start ist am Samstag, 29. Juni um 14.00 Uhr auf der Bezirkssportanlage Degerloch-Waldau.

Mitläufer können sich gerne per Telefon 0711/ 90 72 99 10 oder E-Mail kontakt@stefan-kaufmann.de melden.

Spenden für die Bundestagswahl

Am 22. September 2013 ist Bundestagswahl. Seit 2009 vertrete ich den Wahlkreis Stuttgart I im Deutschen Bundestag. Im Herbst will ich meinen Wahlkreis verteidigen und erneut das Direktmandat erreichen. Dies bedarf vielfältiger Anstrengungen! Um meine intensive Arbeit für Stuttgart in der nächsten Legislaturperiode fortsetzen zu können, benötige ich Ihre Mithilfe. Ein schlagkräftiger und erfolgreicher Wahlkampf kostet viel Geld. Ich möchte Sie daher heute herzlich um eine Spende bitten.

SPENDENKONTO:

CDU Stuttgart, Konto Nr. 1888, Schwäbische Bank Stuttgart, BLZ 600 201 00, Verwendungszweck: „Bundestagswahlkampf Stefan Kaufmann“

Hinweis:

Bei Spenden an politische Parteien ist die steuerliche Abzugsfähigkeit auf natürliche Personen beschränkt. Konkret können Privatpersonen jährlich 3.300,- Euro steuerlich geltend machen, zusammen zu veranlagende Ehegatten jährlich 6.600,- Euro. Dabei werden Zuwendungen bis zu einer Höhe von 1.650,- Euro/3.300,- Euro nach §34g Einkommensteuergesetz (EStG) berücksichtigt, indem 50% des zugewendeten Betrages von der Steuerschuld abgezogen werden. Weitere 1.650,- Euro/3.300,- Euro werden nach §10b EStG steuermindernd als Sonderausgaben berücksichtigt.